

Presseaussendung

EU-Wirtschaftsregierung

FIW-Policy Brief Nr. 12 "EU-Wirtschaftsregierung: Eine notwendige aber nicht hinreichende Bedingung für das Überleben der Eurozone und des Euro" von Fritz Breuss als kostenloser Download unter <http://www.fiw.ac.at> erschienen.

Nach einer bemerkenswert raschen Erholung von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 schlitterten die meisten Industriestaaten in eine Staatsschuldenkrise. In Europa hat sie sich, ausgehend von Griechenland Ende 2009/Anfang 2010 vor allem auf die Peripheriestaaten der Eurozone (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) – die sogenannten PIIGS-Staaten – ausgebreitet. Die Intensität der Eurozonen-Krise hat die Verantwortlichen gezwungen, rasch außerordentliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros und der Eurozone zu ergreifen (Rettungsschirme für Griechenland, Irland und Portugal; Einrichtung des EFSF/ESM) und Pläne vorzulegen, die in Zukunft das Entstehen solcher Krisen verhindern sollte. Die verschiedenen Maßnahmen werden vereinfacht im Stichwort "EU-Wirtschaftsregierung" zusammengefasst und bündeln Maßnahmen zur Reform des SWP und neuerdings zur Beseitigung von makroökonomischen Ungleichgewichten ("Sixpack"), den Euro-Plus-Pakt, Europa 2020 sowie die Einrichtung eines permanenten ESM und Maßnahmen zur Finanzmarktaufsicht. Einige Elemente dieses Maßnahmenpakets sind bereits in Kraft, einige harren noch ihrer gesetzlichen Umsetzung. Die auch nach einem Jahr unge löste Griechenland-Schuldenkrise (die Finanzmärkte treiben nach wie vor die EU-Politik vor sich her) zwang die EU-Verantwortlichen im Sommer 2011 zu zusätzlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone ("sanfte" Umschuldung und Flexibilisierung des EFSF/ESM – Einstieg in einen EWF und Eurobonds). Damit bekommt die WWU und ihr wirtschaftspolitisches Design eine neue Dimension: Kontrolle der Fiskalpolitik und Stabilisierung der Finanzmärkte wird zum zentralen Element einer neuen "EU-Wirtschaftsregierung" oder wie von Merkel/Sarkozy gewünscht, einer echten "Euro-Wirtschaftsregierung".

Auf Grund der WWU-Krise (Staatsschuldenkrise) wurden seitens der Staats- und Regierungschefs wieder alte Vorschläge einer "Europäischen" oder "EU-Wirtschaftsregierung" (eine solche hatte Frankreich schon vor dem Start der WWU gefordert) als Gegengewicht zur EZB belebt. Letztlich einigte man sich darauf, ein ganzes Maßnahmenpaket zur verstärkten "wirtschaftspolitischen Steuerung" der EU und "dauerhaften Stabilität" der Euro-Zone vorzuschlagen. Zu dieser Reform der "Economic Governance" in der EU/Euro-Zone zählen folgende Maßnahmen:

- "Sixpack": Vorschläge der Kommission zu 6 Rechtsakten (4 betreffen den SWP und 2 sollen die makroökonomischen Ungleichgewichte bekämpfen),
- Euro-Plus-Pakt (von den Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone beschlossen),
- Sonstige Maßnahmen (Europa 2010, permanenter ESM ab 2013, Finanzmarktaufsicht).

Das bereits vor Ausbruch der Griechenland-Krise von der Europäischen Kommission im September 2009 konzipierte "Sixpack" zur Verbesserung der "wirtschaftspolitischen Steuerung" (besseren Koordinierung der Wirtschaftspolitik) wurde – noch bevor sich Europäisches Parla-

ment und Rat darüber einigten – von der weiteren dramatischen Schuldenentwicklung in Griechenland so rasch überrollt, dass sich die Staats- und Regierungschefs genötigt sahen, endlich "Nägel mit Köpfen" zu machen, d. h. mehrere Bausteine für einen Mechanismus zur "dauerhaften" Stabilisierung der Eurozone und des Euro auf ihrer Tagung am 21. Juli 2011 zu beschließen (Instrumente zur Krisenbekämpfung). Mit der Ausweitung der Kompetenzen ("Flexibilisierung") des EFSF sind alle bisherigen Tabus (Umschuldung Griechenlands, EFSF garantiert praktisch für alle Mitgliedstaaten der Eurozone und auch für die EZB) gebrochen worden und der Einstieg in einen Europäischen Währungsfonds und in Eurobonds ist vorbereitet. Damit bekommt die bisher konzipierte "EU-Wirtschaftsregierung" über Sixpack, Euro-Plus-Pakt, Europa 2020, Finanzmarktaufsicht eine neue Dimension.

Unabhängig von der Namensgebung ("Wirtschaftsregierung" oder wie im neuesten Vorschlag von Merkel/Sarkozy "Euro-Wirtschaftsregierung") oder bloß "wirtschaftspolitische Steuerung" – Economic Governance, um künftig die Eurozone und den Euro nachhaltig zu stabilisieren braucht es – solange man sich nicht auf die "große Lösung" einer Politischen Union einigen kann – das Zusammenspiel aller Instrumente. Wichtig sind vor allem drei zentrale neue Initiativen:

- (1) Installation des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM ab 2013), um für Krisen in der Zukunft gewappnet zu sein (durch die Verankerung im Lissabon-Vertrag und die Ausweitung seiner Kompetenzen wird das bisherige "Bail-out-Verbot" obsolet).
- (2) Stärkere Kontrolle (ex ante) der gemeldeten Statistiken im Rahmen der Stabilitäts-/Konvergenzprogramme (Europäisches Semester; Eurostat-Kontrolle vor Ort; diesbezügliche Stärkung des SWP) – nachträgliche Strafen sind eher kontraproduktiv.
- (3) Beseitigung der sich seit 1999 aufschaukelnden *makroökonomischen Ungleichgewichte* (durch das Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit). Dazu wäre eine Umkehr in der Lohnpolitik in einigen Eurozonen-Mitgliedstaaten (wobei als Vorbilder die sozialpartnerschaftliche Lohnbildung in Österreich und Deutschland dienen könnten) und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität notwendig. Das ist eine schwierige Aufgabe, da Eingriffe in die Lohnpolitik nur schwer vorstellbar sind.

Österreich nimmt an allen neuen Maßnahmen verantwortungsvoll teil. Es muss dabei allerdings – wie Deutschland – als einer der "Retter" der Eurozone darauf Bedacht nehmen, innenpolitisch keine Nachteile zu erleiden. Es sollte auch dazu beitragen, die "EU-Wirtschaftsregierung" so zu gestalten, dass sie nicht zum administrativen GAU wird. Die geplante stärkere wirtschaftspolitische Steuerung auf EU-Ebene sollte zwar dazu führen, dass wir endlich annähernd einen "Europäischen Konjunkturzyklus" erreichen, aber nicht dadurch, dass man sich am niedrigsten Niveau nationalstaatlichen wirtschaftspolitischen Handelns orientiert, sondern viel eher, dass die weniger erfolgreichen Länder in der Peripherie der Eurozone von den erfolgreichen Ländern (wie z. B. Deutschland und Österreich) als "Best Practice"-Modelle lernen: auch hier sollte das Prinzip "Catching-up" nicht "Catching-down" gelten.

Wien, am 24. August 2011

Rückfragen bitte am 26. August 2011 von 9 bis 12 Uhr an

Univ.-Prof. Dr. Fritz Breuss Leiter des FIW-Projektes

Tel.: (+43 1) 798 26 01-220

E-Mail: Fritz.Breuss@wifo.ac.at

Die FIW-Policy Briefs erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. Herausgeber ist das Kompetenzzentrum "Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft" (FIW). Das FIW wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Rahmen der Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung von drei Instituten – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Rechenzentrum (WSR) – betrieben. Es bietet den Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Für die Inhalte der Policy Briefs sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Kontakt:

FIW-Projektbüro

Björn Rabethge

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung – WIFO

1030 Wien, Arsenal, Objekt 20

Telefon: (+43 1) 728 26 01-333 oder 334

E-Mail: fiw-pb@fiw.at
